

# I. Beschluss

Stadtrat

Sitzungsdatum 14.03.2012

öffentlich

**Betreff:**

Kürzung der Vergütungssätze für Photovoltaik

hier: Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.03.2012

**Abstimmungsergebnis:**

- einstimmig
- angenommen/beschlossen, mit       :       Stimmen
- abgelehnt, mit       Stimmen

**Beschlusstext:**

1.

Der Nürnberger Stadtrat appelliert an den Deutschen Bundestag und die Nürnberger Bundestagsabgeordneten, der von der Bundesregierung beschlossenen massiven Kürzung der Vergütungssätze bei der Photovoltaik nicht zuzustimmen.

Der Nürnberger Stadtrat hält es im Sinne einer zügigen Energiewende für notwendig,

- dass der Zielkorridor für den jährlichen Zubau bei der Photovoltaik in Deutschland bei 3.500 MW erhalten bleibt,

- dass die Kombination aus verstärkter Absenkung der Einspeisevergütung und einer zeitlichen Vorverlegung und einer Einschränkung der vergüteten Strommenge zurückgenommen wird.

Stattdessen gilt es, ein Konzept zu entwickeln, das die tatsächlich realisierten Kostensenkungen im Bereich der Solartechnik reflektiert (Ausschluss überhöhter Renditen und Vorgaben zu weiterer technischer Entwicklung mit dem Ziel von Kostensenkung/Effizienzsteigerung) und dabei auch den strukturellen Verhältnissen der deutschen Solarbranche mit zahlreichen mittelständischen Unternehmen gerecht wird.

- mit 61 : 3 Stimmen beschlossen -

2.

- dass die Änderungen der Einspeisebedingungen nicht rückwirkend, sondern erst in einem wirtschaftsverträglichen Abstand nach Verabschiedung des Gesetzes vorgenommen werden

- mit 62 : 2 Stimmen beschlossen -

3.

Der Nürnberger Stadtrat spricht sich dafür aus, dass die Regelungskompetenz zum Erneuerbare Energien-Gesetz beim Bundestag verbleibt.

- mit 43 : 21 Stimmen beschlossen -

4.

Der Gesetzgeber muss gemeinsam mit Fachleuten und den Branchenverbänden eine Lösung suchen, die die Energiewende - bei der gerade auch Solarstrom als dezentral erzeugter Spitzenlaststrom unabdingbar ist – zügig voranbringt und nicht abwürgt. Die vielen Firmen in der Solarbranche – mit bundesweit rund 130.000 Arbeitsplätzen - brauchen Planungssicherheit und verlässliche gesetzliche Grundlagen.

- mit 62 : 2 Stimmen beschlossen -

5.

Der Stadtrat fordert die Bayerische Staatsregierung auf, sich auf allen Ebenen gegen die von der Bundesregierung geplante massive Absenkung der Solarvergütung einzusetzen .

Die Stadt Nürnberg thematisiert die geplante Kürzung in den Gremien des Deutschen und Bayerischen Städtetags und fordert von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat akzeptable Lösungen im Sinne der Energiewende ein.

- mit 62 : 2 Stimmen beschlossen -

II. **Ref. III**

III. **Abdruck an:**

- |  |                          |
|--|--------------------------|
| <input type="checkbox"/> Ref. I/OrgA         | <input type="checkbox"/> |
| <input type="checkbox"/> Ref. II/Stk         | <input type="checkbox"/> |
| <input checked="" type="checkbox"/> Ref. VII | <input type="checkbox"/> |

Vorsitzende(r):

gez. Dr. Ulrich Maly

Referent(in):

gez. Dr. Pluschke

Schritfführer(in):

gez. Reh